

# Kita-Finanzierung soll neu geregelt werden

**Reaktion** In einer Stellungnahme kündigte das Ministerium für Gesellschaft an, weiter an der Kita-Finanzierung zu arbeiten. Diese solle gerechter und gleichmässiger verteilt werden.

Die Nachwahlbefragung des Liechtenstein-Instituts zur Abstimmung rund um die Initiative «Familie und Beruf» wurde auch im Ministerium für Gesellschaft mit Interesse aufgenommen, wie es gestern mitteilte. Eine Mehrheit sei für den Ausbau der ausserhäuslichen Kinderbetreuung. Ausserdem bestehe ein grosser Wunsch nach einer verbesserten Förderung von Kita-Alternativen - sowohl zu Hause als auch Fremdbetreuung im Rahmen von Spielgruppen, Tagesmüttern oder Tagesstrukturen. Das Ministerium erkenne diese Bedürfnisse der Bevölkerung an und werde sich «nun wieder intensiv mit der Thematik befassen». Es gelte

nun als Erstes, im Bereich der Kita-Finanzierung für eine gerechte Fördergrundlage zu sorgen.

## Umfrage geplant

«Hierzu wurden bereits erste Gespräche geführt sowie Abklärungen getroffen», heisst es weiter. Ziel dieser kurzfristig umzusetzenden Massnahme soll es sein, die bestehende Finanzierung der Kitas gleichmässig und gerecht zu verteilen. Hierzu werde es voraussichtlich auch notwendig sein, die Elternbeiträge moderat zu erhöhen. Gleichzeitig werde es auch nötig sein, die Finanzierung aufseiten des Staates zu überprüfen und moderat anzupassen.



Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini werkelt weiter. (Foto: M. Zanghellini)

In einem weiteren Schritt gelte es, die Bedürfnisse der Kinder, Eltern und Arbeitgeber zu erfassen, um die zukünftige Ausgestaltung der Betreuungslandschaft weiterzuentwickeln. Hierzu führe das Ministerium derzeit diverse bilaterale Gespräche. «Ziel ist es, demnächst mittels einer Umfrage die Wünsche und Bedürfnisse der direkt betroffenen Eltern ausfindig zu machen und die Umsetzung dann im grösseren Kreis zu diskutieren», heisst es weiter. (df)